

Pressemitteilung

06. November 2018

Flächennutzungsplan:

Bündnis der Bürgerinitiativen: Teilnahme an anstehender Ausschuss- und Ratssitzung für Bürgerschaft nicht mehr zumutbar Gründung einer Wählervereinigung wird nicht ausgeschlossen

Angesichts der fehlenden Signale seitens Verwaltung und Politik, den Flächennutzungsplan aufgrund der vielen Bürgereinsprüche zu korrigieren, hat sich das Bündnis der Bürgerinitiativen (BBI-GL) darauf verständigt, die Bürgerinnen und Bürger nicht zu mobilisieren, an den anstehenden Sitzungen des Stadtplanungs-, Verkehrs- und FNP-Ausschuss am 15. November 2018 sowie an der Ratssitzung am 19. November 2018 teilzunehmen.

Die Bürgerinitiativen wollen mit dieser Entscheidung ihren Protest darüber zum Ausdruck bringen, dass die im Rahmen der Erstellung des Flächennutzungsplanes durchgeführte Bürgerbeteiligung in Wirklichkeit lediglich eine Scheinveranstaltung war.

Von der Verwaltung ist keine einzige der 2.300 Stellungnahmen und Eingaben aus der Bürgerschaft berücksichtigt worden, noch nicht einmal in Teilen. In den seit der Bekanntgabe des Verwaltungsvorschlages erfolgten Gesprächen mit den politischen Mandatsträgern der Bergisch Gladbacher GroKo aus CDU und SPD wurde seitens der Vertreter der Bürgerinitiativen zudem der Eindruck gewonnen, dass der FNP in der von der Stadtverwaltung vorgesehenen Fassung beschlossen werden wird. Dies wurde auf der Veranstaltung „Stammtisch XXL“ des Bürgerportals Bergisch Gladbach am heutigen Abend erneut bestätigt.

Der Pressesprecher des Bündnisses der Bürgerinitiativen: „Die Ignoranz, mit der in Bergisch Gladbach die engagierte Bürgerschaft von der Verwaltung und von einem Großteil der Politiker behandelt wird, ist unglaublich und erschreckend zugleich. Unmut ist damit vorprogrammiert.“

Das Bündnis der Bürgerinitiativen ist in dieser Situation nicht mehr bereit, eine stumme Kulisse bei den anstehenden Sitzungen darzustellen. Man kann den Bürgern, die sich intensiv eingebracht haben, kaum zumuten, widerspruchslos zu verfolgen, wie Verwaltung und Rat über ihre Interessen hinweggehen. Es ist ein Trauerspiel, dass man in Bergisch Gladbach, im Gegensatz zu anderen Kommunen, die Bürgerschaft nicht an den Zukunftsfragen dieser Stadt teilhaben lässt. Selbst ein Rederecht der Bürgerinitiativen vor den zuständigen Planungsausschüssen - anderswo üblich - ist verweigert worden. Selbstherrlich verzichtet man auf den oft attestierten hohen Sachverstand der Bürgerschaft und ihre detailreiche Ortskenntnis. Stattdessen vertraut man einzig und allein auf die Aussagen des in Dortmund beheimateten Planungsbüros Post-Welters.

Obwohl nach dem ersten Flächennutzungsplanentwurf und nach über 4.000 Einsprüchen Korrekturen und Reduzierungen hinsichtlich der Fläche erfolgten, hält das Bündnis der Bürgerinitiativen die jetzige Entscheidungsvorlage für konzeptionslos, überzogen und fehlerhaft. Auch werden falsche Signale für unsere Zukunft gesetzt. Bestehende und ansteigende Belastungen durch den Verkehr und für die Umwelt werden ausgeblendet. Trotz dringendem Handlungsbedarfs wird die Lösung dieser Probleme auf einen späteren, unbestimmten Zeitpunkt verschoben.

Die Bürgerinitiativen wollen weiterhin die Interessen der Bürgerschaft bündeln und werden nicht nachlassen, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger eine aktive Rolle im Stadtgeschehen einzufordern. Auch die Gründung einer kommunalen Wählervereinigung, die zur nächsten Kommunalwahl antritt, ist in der Diskussion. Erfolge der Freien Wähler in Bayern beflügeln dabei durchaus.

BBI-GL, Bündnis der Bürgerinitiativen zum Flächennutzungsplan